



Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er ist Autor von Büchern zur internationalen Politik, deutschen Frage und Zeitgeschichte und von Artikeln in den Zeitungen Augsburgische Allgemeine, Welt am Sonntag, Financial Times und New York Times.

Kandidaten aus dem alchemistischen Machtlabor der Angela Merkel

Der Fall des Bundespräsidenten – Fragen an die Kanzlerin

Von Prof. Dr. Dr. h.c. Werner Weidenfeld

Merkwürdige Superlative erfassen die Republik: der jüngste Bundespräsident, die kürzeste Amtszeit, die seltsamsten Verdächtigungen. Wir erleben das traurige Aus einer jahrzehntelangen politischen Karriere des Christian Wulff. Die Etappe, die zum Höhepunkt einer markanten Biographie werden sollte, geriet zum Tiefpunkt. Die mediale Dramatik, die sich über viele Monate hinzog, erhielt ein kurzes, intensives Echo – und schon richtete sich der Blick auf den Nächsten im Amt.

Ein Dienst an der politischen Kultur ist eine solche Flüchtigkeit nicht. Sie überspringt die tiefen Schrammen und Wunden, die der Vorgang im Selbstverständnis und im Horizont der Selbstwahrnehmung der Republik

hinterlassen hat. Ein Blick hinter den doppelten Vorhang des politischen Tagesgeschehens – dafür sollte man sich die Zeit nehmen.

Die Substanz des Vorgangs erweist sich zunächst als recht dünn. Da gibt es allerlei Verdächtigungen und Ungeschicklichkeiten,

da gibt es Unschuldsvermutungen und Ansätze zu Ermittlungen: Die Justiz macht klar, dass sie sich unter öffentlichen Druck auf der Grundlage von Medienberichten zu Initiativen gedrängt sah. Nicht die rechtliche Substanz, sondern die Verknotungen und Verwebungen von Stimmungslagen ließen den politischen Rückhalt des Präsidenten zusammenbrechen. Für ihn blieb nur, das große Aus nachzuvollziehen.

Danach war die gängige politische Prosa aus den verschiedenen Ecken zu vernehmen. Von „Respekt“ bis „Erleichterung“, von der „Bereitschaft zum Neu-Beginn“ bis zur Absicht „Schaden vom Amt des Staatsoberhauptes abzuwenden“, wurden alle verbalen Üblichkeiten artikuliert.

Der substantielle Kern wird mit alledem nicht getroffen. Jeder Seismograph für die Erschütterungen unter der Oberfläche politisch-medialer Ereignisse zeigt tiefe Verwundungen der Republik an. Der Gesamtvorgang bietet eine schwere Belastung des politischen Systems – jenseits des Profils einer einzigen Institution. Wir erleben und erleben die Vernichtung von Respekt vor dem politischen Amt. Ein Distanzierungsschub der Bürger gegenüber politischen Ämtern und Verantwortlichkeiten ist unübersehbar. Die Unbekanntheit der Demokraten im Status quo des politischen Systems nimmt zu. Die wachsende Distanz bedeutet einen Entzug von Ver-

trauen. Jede moderne Gesellschaft ist aber ganz elementar auf Vertrauen angewiesen. Die extrem große Arbeitstätigkeit verlangt in jedem Moment einen Vorschuss an Vertrauen in die Kompetenz und Zuverlässigkeit des Anderen. Vertrauen ist der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält. Vertrauen liefert den Sauerstoff, der eine vitale Dynamik in der Gesellschaft ermöglicht. Diese Grundelemente gesellschaftlicher Existenz werden der Republik mehr und mehr entzogen. Sie kippt in eine Misstrauensgesellschaft um.

Das Drama um das Amt des Bundespräsidenten ist also in einem viel umfassenderen Horizont der politischen Kultur einzubetten. Die Frage nach dem „Wann“ und „Wieso“ gewinnt damit ein anderes Gewicht – sie erscheint weit jenseits der täglichen Schlagzeilen, die mit ihren großen Lettern merkwürdig schal wirken.

Das Amt des Bundespräsidenten soll Bindungen in der Republik zum Tragen bringen. Er soll Orientierung bieten, Geländer an denen die Bürger Halt finden können. Bisher hat die Republik mit ihren Präsidenten über Jahrzehnte sehr viel Glück gehabt. Man erinnere sich nur an die großen Figuren eines Theodor Heuss, eines Gustav Heinemann und eines Richard von Weizsäcker, eines Roman Herzog. Und dann begann die Ära, das Amt des Bundespräsidenten mit politischem Pech der Republik in Verbindung zu bringen. Das gilt für Horst Köhler wie für Christian Wulff – gleichgültig, wie hoch ihr persönlicher Anteil an diesen Verwerfungen war.

Was aber galt als verbindendes Glied für beide Amtsträger? Beide Personen stammten als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten aus dem alchemistischen Machtlabor der Angela Merkel. Die behende machttechnische Fingerfertigkeit der Bundeskanzlerin packte in beiden Fällen zu. Ihr Talent, das immer wieder in situativem Krisenmanagement aufstrahlt, hatte zwei Kandidaten aufgespürt, deren Stellenwert im Machtkalkül der Angela Merkel den alles entscheidenden Faktor bildete. Mit dem einen konnte sie Kandidaten in die Kulissen abschieben, die für sie problematisch

geworden wären. Mit dem anderen konnten Traumwelten der Kanzlernachfolge eliminiert werden. Dieses kühle Kalkül ging auf.

Der Bundespräsident als kleiner Stein im Machtmosaik der Bundeskanzlerin – damit wies die hurtige machttechnische Fingerfertigkeit der Kanzlerin zwei Mal Erfolgserlebnisse auf. Das Amt des Bundespräsidenten ist aber eigentlich in einer anderen politisch-kulturellen Welt verortet und verankert: in der Welt der strategischen Perspektive und der geistigen, historischen Orientierung. In dieser Welt der politischen Kultur aber fühlt sich Angela Merkel nicht zu Hause. Daraus wird die Präsidentenkrise der Republik erklärbar. Sie besteht in der Diskrepanz zwischen situativem Management und strategischer Verortung, die Angela Merkel nicht aufheben kann, sondern eher verschärft und vertieft. So wird der schmerzhafte Fall des Bundespräsidenten mit all seinen Erschütterungen der politischen Kultur zur Frage an Bundeskanzlerin Angela Merkel. Man darf auf die Antwort gespannt sein.

Man halte sich sorgfältig vor Augen: Alle Bundespräsidenten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland waren Ausdruck oder Wegbereiter der machtarchitektonischen Konstellationen der Republik. Das gilt auch für Köhler, Wulff und deren Nachfolger. Die Magnetfelder neuer Mehrheiten zeigen jeweils frühzeitig ihre Wirkung.

Und dieses Mal erhält die Nachfolgeregelung einen besonders sensiblen Beigeschmack: Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich vor rund zwei Jahren bereits gegen ihn ausgesprochen und dann in den Tagen der Kandidatenkür wieder. Aber dieses Mal wurde ihr Widerstand gebrochen. Der Preis für sie ist künftig der praktisch tägliche Vorwurf, dass man ihr die tragischen Verläufe der letzten Jahre zu verdanken hat. Ein Gauck hätte schon damals keinen Distanzierungs- und Mißtrauensschub der Bürger ausgelöst. Aber Angela Merkel hat es ja anders gewollt. Die Kette der unangenehmen Fragen an Angela Merkel setzt sich fort.